

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 42, Dezember 2009

Friedenssteuer – unser Film

Was wird für einen Film gebraucht? Die Idee, ein Drehbuch und ein Video-Journalist – und schon ist er fertig!? So haben wir angefangen. Die Idee kam von „Peace Tax Seven“, der Gruppe von sieben Menschen aus England, die ihre Militärsteuerverweigerung vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gebracht haben. Sie haben einen Film über ihren Weg nach Straßburg gedreht und zur 11. Internationalen Konferenz in Woltersdorf 2006 präsentiert. Extra für uns haben sie den Film mit deutschen Untertiteln hergestellt. Dies machte es uns möglich, den Film „Verachtung des Gewissens“ (Contempt of Conscience) bei vielen Veranstaltungen zu zeigen. Es war jedoch nicht **unser** Film, nicht über **unse-**re Friedenssteuer-Arbeit. Das können wir doch schaffen – einen eigenen Film herzustellen – dachten wir.

Annette Habert, Gertie Brammer und Friedrich Heilmann fingen an, ein Drehbuch zu schreiben. Gleichzeitig wurde ein Mensch mit einer Filmkamera gesucht. Nach einem Gespräch mit Mathias Gnoth aus Berlin haben wir ihn angeheuert – er ist Videojournalist. Wikipedia: „Ein Videojournalist vereint die Aufgaben eines Journalisten, Kameramannes und Cutters in einer Person. Mit Hilfe der Digital-Video-Technologie konzipiert, dreht und schneidet er filmische Beiträge im Alleingang.“ Was wollten wir mehr? So konnte das was werden.

In Rotenburg/Fulda feierten wir 2008 das 25jährige Jubiläum des Netzwerkes und Gerhard Schöne sang im Konzert das Lied „Kein Geld dem Militär“. Wir durften es verwenden. Bilder vom Konzert, Interviews und Tagungs-

szenen gaben den Grundstock für das Video. Der Ostermarsch bei der „FREIen HEIDe“ wurde zum weiteren Drehtag, etliche Fotos ergänzten das Material. Sprechertexte wurden geschrieben und der Filmlänge angepasst. Viele Stunden Schneide- und Tonarbeit waren nötig. Der Sprecher ist ein Profi – ehrenamtlich für uns. Das Layout des Aufdrucks kreierte Marduk Buscher – und nun ist der Film fertig.

Schauen Sie, zeigen Sie ihn Ihrer Familie, Freunden und Bekannten. Als Start für Veranstaltungen und Diskussionen ist er gut geeignet.

Weitere DVDs können gegen eine Spende bei Friedrich Heilmann (siehe Seite 16) bestellt werden.

*Annette Habert, Gertie Brammer,
Friedrich Heilmann*

Für (noch) Nicht-Abonnenten:
siehe Seite 2 unten



Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrdienstpflichtige wählen dürfen zwischen Kriegsdienst und Zivildienst. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

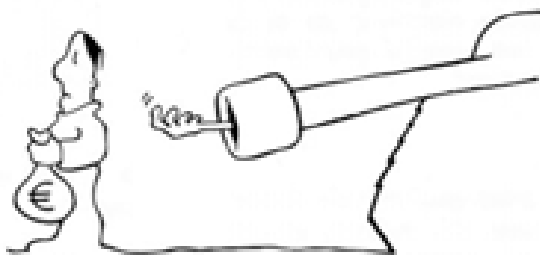
„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz. Wir werden auch eine Gesetzestext-Vorlage für den Bundestag formulieren. Wir machen Lobbyarbeit und sammeln Unterschriften zur Unterstützung unserer Forderung. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis wir eine gesetzliche Regelung erreicht haben.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



<u>Inhaltsübersicht:</u>	<u>Seite</u>
Bist du ein Spinner?	3
Afghanistan	4
Berichte	6
Zivilsteuergesetz	8
Aktionen	10
Internationales und CPTI	11
Die Kirchen – Positionen zur Gewalt	12
Prophetische Rede – ein Echo	15
13. IK	15
Adressen	16
Beilage	DVD Friedenssteuer



Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.

Auflage: 1600 St.

Redaktionsschluss der nächsten *FN*:

20. April 2010.

Kontaktadressenliste auf Seite 16

Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Eduard-Schmid-Str. 26

81541 München

Tel 089 - 569253

info@netzwerk-friedenssteuer.de

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00

BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

Wichtige Termine:

- **12. - 14. März 2010** Frühjahrestagung - Friedenssteuer Jahrestreffen (s. Seite 6)
- **13. - 16. Mai 2010** Ökumenischer Kirchentag in München
- **02. - 04. Juli 2010** 13. Internationale Konferenz in Norwegen (s. Seite 15)

Für die, die diese „Friedenssteuer Nachrichten“ heute zum ersten Mal bekommen:

Einmalig senden wir Sie Ihnen zu, weil Sie die Verfassungsbeschwerde mit Ihrer Unterschrift unterstützt haben. – Wenn Sie weitere Ausgaben (2x pro Jahr) bekommen möchten, schicken Sie bitte eine Nachricht an Gertie Brammer (siehe Seite 16). Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Bist du ein Spinner?

Spinnen am Web – seit 1986 an mehreren Netzwerken nach- und nebeneinander: Ulla Klotz in München, engagierte Sprecherin der Arbeitsgruppe Rechtswege (Verfassungsklage) im Netzwerk Friedenssteuer.

Eine Spinnerin genannt zu werden, das war mir früher gar nicht recht. Aber es hat sich bei mir entwickelt, dass ich Dinge gerne wörtlich nehme. Für mich heißt spinnen: einen Faden herstellen oder aufnehmen, den andere begonnen haben zu spinnen, an dem ich gerne mitspinne und den ich gemeinsam mit anderen zu einem Gewebe, einem Netz weiterentwickle, an das sich wieder andere anschließen können.



Wenn ich zurückschaue auf den Weg, der mich zum Netzwerk Friedenssteuer geführt hat, erkenne ich dieses Muster. April 1986 - die Atomkatastrophe von Tschernobyl - war ein Wendepunkt in meinem Leben. Es war schmerzhaft, ich fühlte mich ohnmächtig, wütend und verzweifelt. Ich war „enttäuscht“ über die Reaktionen der politisch Verantwortlichen. Danach war es mir wichtig, mich zu engagieren, zu demonstrieren und so zu leben und zu arbeiten, dass so etwas nicht wieder passieren kann - Verantwortung zu übernehmen. Sitzdemonstrationen in Mutlangen, Proteste in Wackersdorf, berufliches Engagement im Bereich Naturkost und alternative Energie waren die Folge. Meine Familie, meine Freundinnen und Freunde, die Nachbarschaft hat das oft verwundert, sie waren nicht alle so betroffen. Mir war es wichtig, den Faden aufzunehmen, mich an dem Netz festzuhalten, das andere in Mutlangen schon Jahre vorher angefangen hatten zu weben. Als ich die Geldstrafe für gewaltfreie Aktionen in Mutlangen nicht bezahlen und dafür lieber ins Gefängnis gehen wollte, habe ich den Spruch: „Jetzt spinnst sie total“ – nicht nur einmal gehört. Und trotzdem war ich mir sicher, dass ich auf dem für mich richtigen Weg war. 1996 wurden vom Bundesverfassungsgericht die Verurteilungen wg. Sitzdemonstrationen aufgehoben. Die vielen Gerichtsprozesse, die deswegen geführt wurden, haben zu gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen geführt.

Vor ca. 12 Jahren habe ich vom Netzwerk Friedenssteuer gehört. Die Möglichkeit – die scheinbare Unmöglichkeit – nämlich den Kriegsdienst nicht mehr weiter mit unseren Steuern finanzieren zu müssen – auch nur zu denken, war wie eine Erleichterung für mich. Die Erfahrungen nach den Mutlangen-Aktionen machten mich zuversichtlich, und dass wir einen „langen Atem“ brauchen, wissen wir.

Ich bin dankbar für all die Schritte, die die NetzwerkerInnen für eine Zivilsteuer hier in Deutschland und alle, die auch international an dieser Vision arbeiten, schon gegangen sind. Das Bewusstsein, dass wir auf den Schultern derer stehen, die vor uns gegangen sind und das andere nach uns auf unseren Schultern stehen werden – lässt nichts anderes zu, als nach unserem Gewissen zu handeln. Ich bin froh, an diesem Web „weiter zu spinnen“ und freue mich auf schöne Gewebe und Netze – eines davon ist die Verfassungsbeschwerde. Wie sie auch entschieden werden mag – sie wird ein Untersetzer sein für unsere weitere Arbeit (...bis zur Hängematte wird es noch etwas dauern ...).

Die über Tausend Unterstützerunterschriften für diese Beschwerde in kurzer Zeit und die ermutigenden Rückmeldungen darauf zeigen, wie viele an den von uns gesponnenen Fäden weiter mitspinnen wollen.

Ulla Klotz, November 2009

Dringend Nachfolge gesucht

Wir berichten hier zusätzlich über eine Spinnerin, die sich noch nicht als solche geoutet hat, gleichwohl eine ist: Hannelore Morgenstern-Przygoda. Bekannt als Vorstandssäule, FN-Artikelschreiberin, Steuern-zu-Pflugscharen-Motor und CPTI-Vorstandsmitglied. Hannelore wird bei der 13. Internationalen Konferenz in Norwegen diese letzte Funktion aufgeben. Gut für sie (wohlverdiente Entlastung nach 8 Jahren), schlecht für CPTI und schlecht für uns, denn es hat sich noch keine Nachfolge zuverlässig gemeldet.

Daher hier die Bitte: Wer kann Hannelore den Abschied erleichtern, indem er/sie die Nachfolge antritt?

Englischkenntnisse sind erforderlich, müssen aber nicht perfekt sein. Hauptsache: echtes Interesse an der Sache und Freude an internationalen Aufgaben und Kontakten. Die KollegInnen des CPTI-Vorstandes würden sich über Meldungen ebenfalls freuen, so wie alle im deutschen Netzwerk! Sich melden und über konkrete Aufgaben informieren kann man direkt bei Hannelore (s. Kontaktliste S. 16).

Afghanistan – der buchstäbliche Dauerbrenner



Es brennt weiter in Afghanistan, und die Politiker scheinen ziemlich ratlos, wenigstens in den USA und Großbritannien. Nicht so in Deutschland! Zu Guttenberg wird einerseits gepriesen dafür, dass er endlich öffentlich von „kriegsähnlichen Zuständen“ spricht; andererseits kann seine Bewertung „Massaker war angemessen“ (Bomben auf 2 Tanklaster) uns nur das Fürchten lehren. Ein frisch gekürter junger Verteidigungsminister geht vor nach dem uralten Muster: Wir stehen hinter unseren tapferen Soldaten, die „für uns“ die Kastanien aus dem Feuer holen (nur das „wir“ weder die Kastanien noch das Feuer wollen).

Aber immerhin sind nun Generalinspekteur Schneiderhan, Verteidigungsstaatssekretär Wichert und – endlich – auch Ex-Verteidigungsminister Jung in Sachen Oberst Klein zurückgetreten (worden). Immerhin hält zu Guttenberg sich jetzt mit einer Truppenaufstockung von 4.500 auf 7.000 Mann – noch – zurück bis nach der Abstimmung über die Verlängerung des Mandats für den Bundeswehreininsatz am 3. Dezember 09 und vielleicht bis nach der internationalen Afghanistankonferenz, die für Januar 2010 geplant ist.

Äußerlich richtet sich die deutsche Politik brav nach der US-Amerikanischen. Innerlich strebt sie aber an, als starker Partner immer mehr Einfluss im Bündnis zu gewinnen, auch als Gegenüber der USA. Sie erscheint in ihrer Afghanistanpolitik rigider als die Bündnispartner. Die Hoffnung auf einen größeren Anteil am Rohstoffkuchen, wenn der denn endlich gebacken wird, muss entsprechend groß sein. Mit Realismus hat das wohl weniger zu tun.

Die deutsche Friedensbewegung nimmt sie nicht wahr.

Die Bundesregierung & die Friedensbewegung – Kurzübersicht*

Am 4. September 2008 haben deutsche und afghanische Friedensorganisationen einen gemeinsamen Friedensplan vorgelegt (die *Kooperation für den Frieden*, wo unser Netzwerk Mitglied ist, so wie die afghanische *Nationale Friedens-Jirga*). Als Leitprinzip wurde hineingeschrieben: „Oberstes

Prinzip unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Die Bundesregierung schwieg dazu.

Am 27. Juli 2009 wurde in der afghanischen Provinz Badghis ein Waffenstillstand zwischen der afghanischen Regierung und den dortigen aufständischen Taliban geschlossen (der nicht sofort komplett funktionierte, aber doch ein erster Schritt Richtung Frieden war und ist).

Am 31. Juli 2009 schlugen o.g. Friedensorganisationen gemeinsam vor, einen Waffenstillstand für weitere Provinzen anzustreben. Für Deutschland wäre das in der Provinz Kundus lebensrettend und zugleich ein wichtiges Signal für ein ernsthaftes Bemühen um Frieden. Die Kommandeure der Aufständischen signalisierten ihr Einverständnis zu Verhandlungen.

Die Bundesregierung reagierte nur mit Skepsis. Dabei genießt die *Nationale Friedens-Jirga* sowohl in Afghanistan als auch bei der UNO hohe Anerkennung.

Am 4. September führte ein deutscher Oberst in Kundus das Massaker herbei, was Minister zu Guttenberg „angemessen“ nennt. Dazu Otmar Steinbicker vom Aachener Friedenspreis: „Deutlicher konnte die Absage an die Verhandlungsbemühungen nicht formuliert und effektiver konnte die Rekrutierung weiterer Aufständischer nicht unterstützt werden.“ **

Kurz darauf kam die Nachricht, dass durch ein US-Bombardement (133 Tote!) auch Mullah Qari Baschir ums Leben gekommen war. Baschir war einer der Kommandanten der Aufständischen; er hatte schon vor Monaten positiv auf die Waffenstillstandsvorschläge reagiert. Zudem hatte er nach dem Desaster vom 4. September durchgesetzt, dass es keine Racheaktion gegen die Bundeswehr im Raum Kundus gab. Er war ein Talib – und ein guter Verhandlungspartner...

Die zentrale Führung der Taliban im pakistanischen Quetta hat sich in einer Presserklärung von El Kaida losgesagt und damit ein wichtiges Signal für eine realistische innerafghanische Verhandlungslösung gegeben. In der Presse hat man lesen können, dass die britische Regierung diese Führungsgruppe bereits als Verhandlungspartner anerkennt. Ihr sei der Preis für eine weitere Besetzung Afghanistans zu hoch (klingt noch nicht nach tiefer Einsicht, aber immerhin).

In Washington herrscht noch Unklarheit über die zu folgende Strategie. Aufstockung der Soldaten wurde angekündigt – nur wie viele, wie lang und vor allen Dingen: wofür?? Diese Frage stellt auch ein erfahrener hoher US-Funktionär, Matthew P. Hoh, der nach 5 Monaten Diplomatischen Dienst in Afghanistan am 10. September 09 den Hut genommen hat. Eine Übersetzung dessen Rücktritts wurde uns von Otmar Steinbicker zugeschickt, ich zitiere die wichtigsten Stellen:

„...Jedoch hängt mein Rücktritt nicht davon ab, auf welche Weise, sondern warum und mit welchem Ziel wir diesen Krieg führen. Um es klar auszudrücken: Ich vermag keinen Wert zu sehen in den andauernden US-Todesopfern und auch nicht in den enormen Kosten, die die afghanische Regierung unterstützen sollen in einem Krieg, der in Wahrheit ein 15 Jahre alter Bürgerkrieg ist. ...Wir versuchen, eine Ideologie und ein Regierungssystem einzuführen, das vom Volk weder gekannt noch gewollt ist. (Wir befinden uns in einer) ...Tragödie, in der sich (...) städtische, säkulare, gebildete und moderne Gruppierungen gewalttätige und brutale Kämpfe liefern mit den ländlichen, religiösen, ungebildeten und traditionellen Gruppen.“

Der Aufstand der vielen lokalen Gruppen, darunter viele paschtunische, werde angefeuert durch den Blick der Paschtunen auf ihre Geschichte, in der sie sich bis weit in die Vergangenheit einem ständigen und anhaltenden Angriff von inneren und äußeren Feinden auf ihr Land, ihre Kultur, Traditionen und Religion ausgesetzt sehen. Für sie seien die ausländischen Truppen genau so wie die afghanischen Armee- und Polizeieinheiten, die aus Nicht-Paschtunen bestehen und von Nicht-Paschtunen befehligt werden, eine Besatzungsmacht, die ihnen das Recht zum Aufstand gebe. Matthew Hoh habe beobachtet, dass die Mehrheit der Aufständischen nicht für die Taliban kämpft, sondern gegen die in- und ausländischen Besatzer und gegen die Steuern, die ihnen von einer nicht legitimierten Regierung in Kabul aufgezwungen werden. „Unsere Unterstützung für diese Art Regierung, verbunden mit einem Unverständnis der wahren Natur der Aufstandsbewegung, erinnert mich fatal an unser Engagement in Süd Vietnam; wir unterstützten auf Kosten des inneren Friedens unserer eigenen Nation eine unpopuläre und korrupte Regierung gegen einen Aufstand, dessen Nationalismus wir fälschlich in arroganter und ignoranter

Weise für einen Gegner unserer eigenen Ideologie des Kalten Krieges hielten. (...).“

Den Familien der toten US-Soldaten sollte man die Gewissheit geben können, dass sie nicht umsonst gestorben seien. „Ich habe das Vertrauen in diese Gewissheit verloren. Daher reiche ich meinen Rücktritt ein.“

Die einzig sinnvolle Weise, sich in Afghanistan einzumischen, wäre Verhandlungen mit allen – wirklich allen – Stämmen. Nicht wie damals auf dem Petersberg, sondern ohne Warlords, ohne Drogenbarone und ohne Militär. Vorbereitet durch Friedensorganisationen, die Erfahrung in gewaltfreier Konfliktlösung haben und vor allen Dingen: immer zusammen mit der afghanischen Friedens-Jirga.

* Quellen: FriedensForum 5/09 so wie das Aachener Friedensmagazin im Internet www.aixpaix.de

** Die Kooperation für den Frieden gab hierzu eine entsprechend entrüstete Pressemitteilung heraus.



Bundesweite Afghanistan-Aktion

Mit einem Kurzinfo über unseren eMail-Verteiler informierten wir über eine bundesweite Aktion zum Thema „Abstimmung über die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan“ und schickten im Anhang eine Anleitung mit. In Dannenberg haben wir diese Aktion durchgeführt (s. Seite 6). Wir würden gerne Berichte hören von Friedenssteuerleuten in anderen Orten.

Im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag wollte die breite Friedensbewegung bundesweit die Bevölkerung zum Abstimmen ermutigen. Mit selbst erstellten Urnen und uniformen Stimmzetteln. Alle Gruppierungen, von örtlichen Friedensgruppen, Kirchengemeinden, Privatpersonen bis zu Ortsvereine der Parteien wurden gebeten, mitzumachen. Das tat auch das Netzwerk Friedenssteuer in Dannenberg (Wendland). Dort gab es Urnen an gleich 5 Stellen, an zwei Tagen.

Mitgemacht haben auf unserer Anregung hin: der Eine-Welt-Laden, der Naturkostladen und der Buchhandel.

Die LINKE war schon von sich aus dabei.



Bundesweite Abstimmung über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Anfang Dezember wird der Deutsche Bundestag darüber abstimmen, ob der Bundeswehreininsatz in Afghanistan fortgesetzt wird. Damit auch die Stimme der Bevölkerung gehört wird, organisiert die Friedensbewegung im ganzen Land Abstimmungen. Das Ergebnis dieser Abstimmungen wird dem Parlament und der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Frage

**Sind Sie für die Verlängerung des
Bundeswehreininsatzes in Afghanistan?**

Ja

Nein

Ergebnis für Dannenberg-NWFS:

215 Teilnehmer, 200 nein, 13 ja und 2 unentschieden.

Ergebnis für Lüchow-Die LINKE: 123 Teilnehmer,
118 neun, 5 ja.

Das Bundesergebnis war zur Drucklegung noch nicht bekannt.

Was sich für uns aus dieser Aktion ergeben hat:

- Es war eine sehr niederschwellige Aktion. Es machten viele Menschen mit, die sonst nicht zu haben sind – dadurch, dass keine Unterschrift geleistet, keine Adresse angegeben werden musste. Das funktionierte prima.

- Natürlich beanstandeten dagegen viele, die sonst Unterschriftenlisten gewohnt sind, dass diese fehlten, was sie stutzig machte ob der Ernsthaftigkeit. Das war ein prima Anlass, ins Gespräch zu kommen, und die meisten stimmten dann auch ab. Die Person am Stand konnte tatsächlich schummeln, so viel sie wollte; nur – warum sollte sie??? Dann

könnte man auch zu Hause bleiben und einfach 1.000 x „nein“ an die Sammelstelle weitergeben.

Es ging um die Gespräche und um einen globalen Eindruck, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist. Das wird nun durch die *Kooperation für den Frieden* an die Medien und den Bundestag weitertransportiert. Leider können wir darüber hier nicht berichten – dieses Heft muss vorher zum Drucker.

Gertie Brammer

Herbsttreffen 2009

Zum ersten Mal in unserer Geschichte fand kein Herbsttreffen statt. Niemand von uns arbeitet nur für das *Netzwerk Friedenssteuer*, die Vernetzung ist stark! Jetzt gab es bei zu vielen von uns Termenschwierigkeiten. Kein Grund zum Verzweifeln; weitergearbeitet wird trotzdem! Wir lassen das Arbeitstreffen dennoch nicht noch einmal ausfallen – zur Not trifft sich nur eine kleine Gruppe und die Verständigung mit den Verhinderten läuft über Phone, Fax und Mail. Mit absoluter Sicherheit gibt es aber das nächste

Friedenssteuer Jahrestreffen 2010 in Weimar, vom 12. bis 14. März.

Dort sind alle Interessenten recht herzlich willkommen! Anmeldung bei Gerlinde und Martin Rambow (s. Kontaktliste Seite 16).

Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG Lobbyarbeit (Gertie Brammer)

Diese Arbeit ruht noch, das Denken darüber aber nicht! Neue Ideen sind sehr willkommen.

AG Öffentlichkeitsarbeit (Friedrich Heilmann)

Unsere DVD wird Ihnen schon gleich ins Auge gesprungen sein. Wir erhalten gern Reaktionen darüber, ob der Inhalt als klar / unklar empfunden wird!

In der Mitte dieses Heftes finden Sie zwei Plakate vor, die von Martin Rambow für den Kirchentag entworfen wurden. Ein leichter und auch witziger Zugang zu unserem Thema. Sie sind herausnehmbar; werben Sie bitte damit!

Wir arbeiten an einem neuen Flugblatt, das ebenfalls einen einfacheren Zugang zu unserem Thema geben wird als das bisherige, das öfters als zu kompliziert empfunden wird.

Beim 3. deutschen Sozial Forum in Hitzacker, Mitte Oktober, gab es einen Infostand, so wie auch am 26. und 28. November in Dannenberg im Rahmen der bundesweiten Afghanistan-Aktion.

AG Rechtswege (Ulla Klotz)

Neu ist, dass die AG Gesetzesinitiative von der AG Rechtswege übernommen wurde, da diese sich intensiv um das Einholen von fachkundiger Hilfe für die Formulierung eines Gesetzestextes kümmern will und kann. Wer solche Fachleute kennt, möge sich bei Ulla oder Sepp Rottmayr melden (Adressen: Seite 16).

Ein Musterbrief an das Finanzamt für Verweigerungswillige wird bald auf unserer Internetseite zu finden sein. Ulla Klotz bekommt immer weiter Unterschriften zur Unterstützung der Verfassungsklage, die Februar 2009 eingereicht wurde. Stand Dezember 2009: 1.170 Unterstützer.

Wir hoffen, dass unsere Leserschaft die Sonderbeilage bei der vorigen FN-Ausgabe auch zur Anregung anderer potentieller Interessenten weitergegeben hat! Ansonsten kann sie im Internet geladen oder bei Friedrich Heilmann in Papierform bestellt werden.

AG Steuern zu Pflugscharen (SzP) / Regionalgruppe Ost (Gerlinde Rambow)

Gerlinde Rambow und Friedrich Heilmann führten den Kontakt zum Oberkirchenrat der EKD weiter. Obwohl wir inhaltlich im Moment nicht wirklich weiterkommen – in Puncto Akzeptanz in der Kirche für Steuerverweigerer

ist wenigstens die Gesprächsatmosphäre gut. Vielleicht braucht es nur (!) ein besonderes Ereignis, und die Wand reißt ein.

Auch ein Gespräch zwischen Bischof Axel Noack / Ev. Kirche Mitteldeutschlands und VertreterInnen von Friedensinitiativen und Basisgruppen (Gerlinde Rambow und Wolfgang Geffe nahmen teil) fand statt. Noack ermunterte zur Basis-Arbeit, wobei wir als Basis doch eigentlich zur Spitzen-Arbeit ermuntern wollen. *Unsere* Basisarbeit läuft längst...

Unser Stand beim ev. Kirchentag in Bremen wurde, trotz etwas abseits gelegenen Standort, relativ gut besucht. Es fanden wieder viele interessante Gespräche statt, die in Unterschriften mündeten; diesmal unter *zwei* Anliegen: einmal unter die bekannte Erklärung und noch einmal als Unterstützung der Verfassungsklage. Ein sehr guter Blickfang waren die beiden Plakate von Martin Rambow, s. Seite 8 und 9. Sie machen das Steuerverweigerungsthema sehr anschaulich. Viele Besucher blieben deutlich wegen dieser Plakate stehen und ließen sich leicht auf ein Gespräch ein.

Was gar nicht schön war beim Bremer Kirchentag: der Auftritt der Big Band der Bundeswehr, direkt neben dem Dom, beidseitig flankiert von zwei großen Werbeflächen mit dem Satz: www.bundeswehrkarriere.de. Das ging vielen zu weit, es hagelte Protestbriefe, auch ein recht scharfer von unserem Netzwerk war dabei; von der Kooperation für den Frieden (schriftführend: Pax Christi...), von einer Gruppe von 35 Bremer Pastoren und von mehreren anderen Einzelorganisationen so wie Privatpersonen. Eine abschließende klare Antwort steht immer noch aus. Ob sie kommt??

Im September fand für die im Januar aus der Fusion zweier Landeskirchen neu entstandene EKM (Ev. Kirche in Mitteldeutschland) ein Kirchentag in Weimar statt.

Im Vorfeld kam es zu einem Kurz-Interview (6 Minuten) mit Gerlinde Rambow beim Regionalradio Weimar, „Radio LOTTE“; ein guter Start.

Netzwerk Friedenssteuer / Steuern zu Pflugscharen war auf dem Markt der Möglichkeiten mit einem Stand vertreten. U.a. haben wir mit einer Unterschriftensammlung an eine Verlautbarung des *Ökumenischen Rates der Kirchen* in Genf zum „Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen“ v. 01.09.2009 angeknüpft, **in der auch die Steuerverweigerung thematisiert ist**: „Eine ÖRK-Studie hob hervor, ... dass Christen in Ländern, in denen es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewis-

sensgründen gibt, aufmerksam dafür sind, was mit ihren Steuergeldern zur Unterstützung von Krieg geschieht ... Dieser Aspekt der Verweigerung aus Gewissensgründen verdient weitere Untersuchungen und Aufmerksamkeit. ... **Der Zentrallausschuss ermuntert die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.**“ Entsprechend lautet der Text unserer Unterschriftensammlung: „Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Forderung des Netzwerk Friedenssteuer e.V. / Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen: Die Kirche möge im Sinne des Beschlusses des ÖRK-Zentrallausschusses vom 02.09. 2009 über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

- tätig werden, insbesondere
- für das Recht auf die Verweigerung von Steuern für Rüstung, Militär und Krieg öffentlich eintreten
- und jene Menschen, die den Weg der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen gehen, aktiv unterstützen.“
Unterschriftenlisten mit dieser Forderung bei Gerlinde Rambow: rambow-weimar@web.de.

Ebenfalls im September hatte SzP-Mitglied Wolfgang Geffe, Friedensbeauftragter der EKM zu einem Treffen nach Hausen / Thüringen eingeladen. Es kamen VertreterInnen von 12 kirchlichen und kirchennahen Friedensinitiativen und -gruppen zusammen, um ihre Vernetzung zu verbessern und gemeinsame Vorhaben zu diskutieren. Für SzP nahm Gerlinde Rambow teil. Die TeilnehmerInnen formulierten einen Antrag an die Landessynode zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan.

Hierzu fasste die Synode im November einen Beschluss, in dem es heißt:

“1. Die Landessynode fordert Bundestag und Bundesregierung auf, die deutschen Truppen so bald wie möglich aus Afghanistan zurückzuziehen.

2. Die Landessynode fordert Bundestag und Bundesregierung auf, die zivile Friedenshilfe so zu stärken, dass sie tatsächlich Vorrang vor der militärischen Präsenz hat. Sie erwartet, dass der Einsatz ziviler Friedensdienste und humanitärer Hilfe qualifiziert und eindeutig von militärischer Präsenz unterschieden und getrennt wird.“ (Vollständiger Wortlaut über die EKM-Internetseite).

Der Weg von dieser Tagung bis zum Synodalbeschluss zeigt, dass gut geplantes Vorgehen und funktionierende Vernetzung erfreuliche Wirkung erreichen können. In diesem Sinne wollen die TeilnehmerInnen der Hausener Tagung weiter arbeiten; vielleicht wird hieraus ein Forum „Hausener Friedensgespräche“ entstehen.

Neues Arbeits-Unterstützungsmaterial

Hannelore Morgenstern hat dankenswerterweise die Arbeit von *Steuern zu Pflugscharen* in den Kirchen dokumentiert. Es ist ein gediegenes und interessantes Geschichts-Dokument geworden, mit dem wir uns sehen lassen und vor allem – mit dem wir bei Kirchens (und auch außerhalb) vorstellig werden können. Es hilft auch jeder/jedem Aktiven unter uns – bitte lesen! Zu finden auf unserer Internetseite, zu bestellen bei Friedrich Heilmann (s. S. 16).

Inzwischen gibt es den Abschlußbericht vom *Ökumenischen Rat der Kirchen*. In diesem wird das Thema Militärsteuerverweigerung zweimal erwähnt. Das ist ein wirklicher Erfolg unserer zähen Kirchenarbeit und eine gute Grundlage zur Weiterarbeit, speziell in den Kirchenkontakten.

Zivilsteuergesetz - wie geht das?

Eine Erläuterung in 6 Schritten

1



Frau Steuer und Herr Pflichtig
entrichten Lohn- und Einkommensteuer,
da sie steuerpflichtig beschäftigt sind.



2



Sie können auf Ihrer Steuererklärung ankreuzen:
**“Meine Steuer soll nicht zur Finanzierung von Militär und
Rüstung verwendet werden, sondern nur für zivile Zwecke.“**

Diese Wahlmöglichkeit gibt es, weil im Grundgesetz steht:
“Die Freiheit des Gewissens ist unverletzlich“ und “Niemand darf
zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ (Artikel 4,4).
Und weil Kriegsdienst mit Geld dasselbe ist wie mit der Waffe.

3

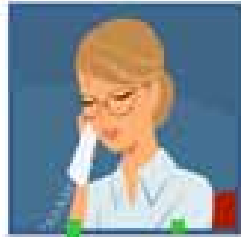


Damit Ausgaben für Militär und Rüstung nicht mit zivilen Ausgaben vermischt werden, hat der Staat neben dem Bundeshaushalt den Bundesmilitärfonds eingerichtet.

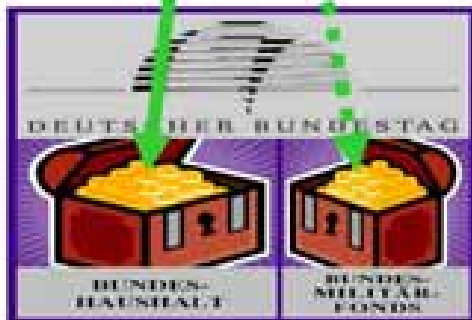
Aus dem Bundeshaushalt werden nur zivile Staatsaufgaben finanziert. Er wird gefüllt mit den Steuern, für die man keine Steuererklärung abgibt (Verbrauchssteuern usw.), sowie mit den Lohn- und Einkommensteuern der BürgerInnen, die keine militärische Verwendung wünschen.

Aus dem Bundesmilitärfonds werden die Ausgaben für Militär und Rüstung finanziert. Er wird gefüllt mit den Lohn- und Einkommensteuern der BürgerInnen, die dagegen keine Gewissensbedenken haben.

4



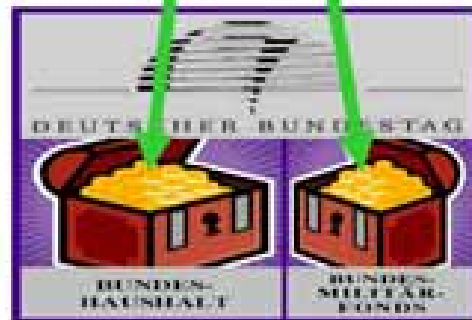
100 %



Frau Steuer hat z.B. zur Zivilsteuer optiert. Daher fließen ihre Lohn- und Einkommensteuern zu 100% in den Bundeshaushalt.



A+B = 100%



Herr Pflichtig hat z.B. nicht zur Zivilsteuer optiert. Daher fließt ein Teil A seiner Lohn- und Einkommensteuern in den Bundeshaushalt, ein Teil B in den Bundesmilitärfonds. A+B entspricht 100%.

5



Vorteile des Zivilsteuergesetzes:

- Durchschaubarkeit bei der Erhebung der Steuern
- Wegfall der "Zwangsteuer" für Militär und Rüstung

Gibt's denn keine Nachteile? Nein, sagen zwei Gutachten von Fachjuristen.
 Prof. Dr. Fisahn, Bielefeld: Das Zivilsteuergesetz würde sowohl mit dem deutschen Grundgesetz als auch (soweit bisher absehbar) mit der zukünftigen EU-Verfassung übereinstimmen.
 Prof. Dr. Lohr, Trier: Es würde nach einmaliger Umstellung in den Finanzämtern keinen höheren Verwaltungsaufwand zur Folge haben.

6



Nachbemerkung:

Die Idee einer Zivilsteuer ist kein Steuer-Spar-Modell. Es geht uns nicht darum, weniger Steuern zu zahlen. Aber wir wollen mit unserer Steuer keinen Kriegsdienst leisten.

Aktionen

Hierunter präsentieren wir ein paar kleinere Aktionen, die stattgefunden haben. Sie waren leicht durchzuführen, auch wenn ganz spontan und kurzfristig. Wer Ähnliches unternommen hat – bitte melden bei der Redaktion. Das sind Häppchen, die auch anderen Appetit machen können.



Spontanaktion I

Nach dem Auftritt der Bundeswehr beim ev. Kirchentag fand ein weiterer empörender Kirchenauftritt im August bei der „Hanse-Sail“ in Rostock statt. Dort wurde zu einem Gottesdienst am Passagierkai eingeladen. Als Friedrich und Cordula Heilmann nichts Böses ahnend am Abend vorher dorthin kamen, fanden sie ein Kriegsschiff vor ... und planten für Sonntag eine Spontanaktion, die nicht direkt mit Werbung für unser Netzwerk verbunden werden konnte (Urlaub!), aber das Thema genau traf.

Spontanaktion II

Am 17. 09. 09 las Wolfgang Steuer (AG Rechtswege) einen Zeitungsbericht über den Besuch von Alt-Minister Jung bei zwei Waffenfabriken in Oberndorf/BaWü: Heckler & Koch (Kleinwaffen) und Rheinmetall Defence. Mit dabei u.a.: Volker Kauder (CDU) und Ernst Burgbacher (FDP, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium BaWü). Die beiden waren zu der Zeit Bundestagskandidaten und sind nun MdB. Hier folgt ein Auszug des Artikels.

„Der Geschäftsführer von Heckler & Koch bedankte sich bei Kauder, der „immer wieder die Hand über uns gehalten hat, wenn es um Exportgenehmigungen ging.“ Der Export sei „enorm wichtig; mit der Bundeswehr allein könnten wir nicht überleben.“ Jung betonte dies noch mal vor der Presse und fügte hinzu: „Bei meinen Besuchen (bei der Bundeswehr im Ausland) stelle ich immer wieder fest, dass auch andere Nationen unsere Ausrüstung hervorragend finden.“ Entsprechend gut sei die Auftragslage in Oberndorf. Die Krise werde dort wohl erst 2010/11 ankommen. Dann werde in den Staatshaushalten auch bei Militär und Polizei gespart. Bis dahin mache man sich noch keine Sorgen – 2009 werde das umsatzstärkste Jahr...“

Wolfgang Steuer schrieb daraufhin folgenden Leserbrief und hat sich die Herren Kauder und Burgbacher schriftlich vorgeknüpft. Ein Gesprächstermin kam bis heute leider nicht zustande.

Spontanaktion III

Eine weitere Spontanaktion fand am 15. November in Dannenberg statt: Volkstrauertag. Gertie Brammer las über eine Andacht mit Kranzniederlegung auf dem benachbarten Friedhof und ging kurz entschlossen mit unserem Faltblatt dorthin.

Bei der Andacht wurden die bisher 36 toten deutschen Soldaten ohne ein Wort von Kritik oder Zweifel im Gedenken aufgenommen. So wird sich dann wohl langsam die Schar der Trauernden hier und da etwas verjüngen.

Als die Gesellschaft von 40 Teilnehmenden (20 in Uniform – Pflichtübung; und 20 in Zivil) sich auflöste, wurden die Faltblätter neugierig von allen angenommen. Eine leichte Übung, überall machbar, alle Jahre wieder ...

Ein Kommentar in der Regionalzeitung am Tag zuvor ging davon aus, dass in vielen Gedenkreden wohl kritisch darüber gesprochen werden würde, ob nicht Krieg zur Lösung von Konflikten längst schon wieder ein viel zu selbstverständliches Mittel in der Politik geworden sei. Das hat Gertie als Einladung zum Schreiben eines Leserbriefes zum Thema Militärsteuerverweigerung aufgefasst. Dieser kam just zum 28.11. in die Zeitung, als alle sich mit den drei Rücktritten und den Informationsbetrug beschäftigten – das passte haargenau, Glücksache.

► Leserbriefe 29.9.09

Zu unserem Artikel „Heckler & Koch: Kauder hat immer wieder die Hand über uns gehalten“ vom 17. September, erreicht uns folgender Leserbrief.

Rüstungsfirma-Besuch erschüttert

Der Bericht über den Besuch von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung und Bundestags-, sowie Landtagsabgeordneten bei den Rüstungsfirmen „Heckler & Koch“ und „Mauser“ in Oberndorf hat mich erschüttert. Für diese Firmen laufen die Rüstungsexportgeschäfte glänzend, wie sie mitteilen. Dies liegt bekanntlich im Trend unserer Exportpolitik, denn Deutschland ist inzwischen zum Export-Europameister für Rüstungsgüter aufgerückt.

Wieso muss alle 14 Minuten weltweit ein Mensch durch Anwendung von H & K-Waffen sterben? Wieso ignorieren Politiker und zum Teil die Medien, dass unsere Waffenexporte zu Flüchtlingsströmen, vor allem in Afrika, führen?

Nach meinem Verständnis sind diese Praktiken mit der Präambel unseres Grundgesetzes „...in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ unvereinbar. Wie weit bewegt diese Absicht der Gründungsväter unserer Bundesrepublik noch die gewählten Volksvertreter?

Dr. Wolfgang Steuer, Trossingen

Internationales und CPTI



Reaktionen rund um die Wahl der USA in den UNO-Menschenrechtsrat

Die USA verstärken ihre Präsenz im Genfer Quartier der UNO:

Erstmals ist die westliche Führungsmacht in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eines von 18 Ländern, die am 12. Mai 2009 von der UNO-Vollversammlung in die 47 Mitglieder zählende Organisation aufgenommen wurden. Die Präsenz der USA im Menschenrechtsrat bedeutet nicht nur eine radikale Einstellungsänderung innerhalb der Administration Washingtons, sie löst auch eine gewisse Hoffnung aus, die Dialoge innerhalb des Rates könnten dadurch konstruktiver und dynamischer werden. Experten und Zivilgesellschaft begrüßen jedenfalls die Wahl der USA in das wichtigste Menschenrechtsgremium der UNO. Neben den USA wurden vier weitere Staaten erstmals in den Rat gewählt: Belgien, Ungarn, Kirgistan und Norwegen. Die Schweiz ihrerseits hat auf eine Kandidatur verzichtet und scheidet damit per 2010 als aktives Mitglied aus dem Menschenrechtsrat aus. Sie wird einen Beobachterstatus innehaben, fasst allerdings bereits für die nächste Wahl eine Kandidatur ins Auge. Quelle:

http://www.humanrights.ch/home/de/idart_6929-content.html

UN-Menschenrechtsausschuss (18 staaten-unabhängige Experten)

Die jüngste Tagung zur Prüfung der Einhaltung von Menschenrechten – hier speziell die Achtung der Kriegsdienstverweigerung/KDV – nahm die Länder Kolumbien, Israel und Russland in den Blick. Dazu lieferte auch Conscience and Peace Tax International (CPTI, Derek Brett) wieder eigene Berichte. Außerdem luden CPTI und das UN-Büro der Quäker in Genf vier Verweigernde zu diversen Treffen mit den Experten des Komitees ein, bevor die offizielle Anhörung am 12. Oktober 09 begann. In Kolumbien gibt es keine KDV-Anerkennung; vielmehr ist die Bescheinigung über den geleisteten Militärdienst eine Grundvoraussetzung für alle Schritte im weiteren Leben. Hierin liegt der Grund für eine wortwörtliche Militärsteuer: Man kann die Bescheinigung kaufen. Auch von Ecuador, das danach geprüft wurde, war bekannt, dass der „Freikauf“ offiziell betrieben wird. Allerdings teilte das Land in seinem eigenen Bericht überraschenderweise mit, dass nun der Militärdienst freiwillig sei – was wiederum schnellste Überarbeitung der CPTI-Zuarbeit verlangte.

Krieg ist Terror mit höherem Budget.

(Attac)



CPTI

Neben dieser konkreten Arbeit vor Ort durch Derek Brett müht sich der CPTI-Vorstand um die Weiterentwicklung von effizienteren Strukturen, strategischen und visionären Zielen (Vorstandstreffen im Mai und Anfang November bei Dirk Panhuis in Belgien).

Auch die Suche nach besserer Finanzierung geht weiter. Aufgrund eines Briefes zur Spendenbitte kamen gut 1.300 EURO zusammen, aus Deutschland allein 800 € - ein dickes Lob und Dankeschön an unsere LeserInnen!

Inzwischen sind Christa Voigt (CPTI-Gründungsmitglied) und Jan Birk nicht mehr CPTI-Mitglieder, ein Rückzug mit schwerem Herzen teils gesundheits-, teils arbeitsbedingt.

Im mündlichen Statement im September informierte CPTI den Menschenrechtsrat darüber, dass der (geschäftsführende) Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen auf seiner Genfer Tagung im August eine KDV-Studie vorlegte. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, „dass unter den Kirchen Konsens darüber herrscht, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu bekräftigen....“ Es wird auch auf Militärsteuer-Verweigernde hingewiesen mit dem Fazit: „Dieser Aspekt der Verweigerung aus Gewissensgründen verdient weitere Untersuchungen und Aufmerksamkeit.“ Quelle: www.oikoumene.org

Anfang Juni verabschiedete sich die Quäker-Gemeinde in New York mit einem besonderen Gebet von Rosa Packard, deren Krankheit es ihr nicht mehr erlaubt, allein zu leben; vielmehr zog sie nach Pennsylvania in die Obhut ihrer Familie.

Die CPTI-Arbeitsgruppe „Recht“ traf sich im Mai in Belgien. Sie arbeitet u.a. an dem Plan, im Rahmen eines Aufbaustudiums eine Untersuchung von „Steuer- und Gewissensfragen“ am Department of Peace Studies der Universität Bradford bei Paul Rogers durchführen zu lassen; es werden auch Gespräche über eine entsprechende Förderung in England geführt. Die bisherigen Aktivitäten konnten so schon finanziert werden. Die Teilnahme von drei Rechtsanwälten war fruchtbar; sie soll fortgesetzt und möglichst um Anwälte aus europäischen Ländern erweitert werden in der Absicht, langfristig zu einer Experten-Tagung einzuladen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda



CPTI Vorstand

Die Kirchen - Positionen zur Gewalt

Pfarrer Dr. Hans-Georg Link hielt am 23.09.2009 in der Antoniter Kirche Köln einen Vortrag. Ich zeichne das Gehörte nach - die Kirchen-Positionen zur Gewalt, wie sie der Ökumenische Rat seit seiner Gründung in drei unterscheidbaren Strängen entwickelte.

Pfarrer Link weiß, wovon er redet; denn er hat von 1980 bis 1987 als Leiter der deutschen Region der internationalen, ökumenischen Gemeinschaft in Genf beim Ökumenischen Weltkirchenrat gearbeitet. Zudem nahm er an vielen der nachfolgend erwähnten Zusammenkünfte persönlich teil.

Der Gründung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) war zwar im Jahr 1938 schon fest ins Auge gefasst worden, wurde jedoch durch „deutsche Schuld“ – den zweiten Weltkrieg - verzögert. So gründete sich der ÖRK 1948 auf seiner Ersten Vollversammlung in Amsterdam. Damals zählte er 147 Mitgliedskirchen und heute 349; er hält alle sechs bis acht Jahre eine Vollversammlung; dazwischen führt der Zentrallausschuss mit seinen 150 gewählten Mitgliedern die Geschäfte.

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland war 1948 Gründungsmitglied des ÖRK. Voraussetzung für ihre Aufnahme in die ökumenische Gemeinschaft war die Stuttgarter Erklärung von 1945, die ein Schuldbekenntnis und eine Erklärung zum Neuanfang umfasste.



1948 Amsterdam, ÖRK-VV: Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan

Die Vollversammlung/VV in Amsterdam sagte NEIN zur Saat des Krieges und dazu, Unrecht zu Recht machen zu wollen und JA zur Aufrichtung des Rechtes und des Friedens. Im Bericht der IV. Sektion "Die Kirche und die internationale Unordnung", der "von der Vollversammlung geprüft und den Kirchen zu ernster Erwägung und geeignetem Vorgehen empfohlen" wurde, wurden folgende Überzeugungen als Leitsätze herausgehoben und "der ganzen Welt einmütig bezeugt":

"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein",

"Um des Friedens willen muss den Ursachen der Spannungen zwischen den Mächten zu Leibe gegangen werden",

"Die Völker der Welt müssen sich zu der Herrschaft des Rechts bekennen",

"Die Beachtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten muss durch nationale und internationale Maßnahmen gefördert werden",

"Die Kirche und die Christenleute haben angesichts der internationalen Unordnung bestimmte Verpflichtungen". (zitiert nach EKD-Homepage:

www.ekd.de/EKD-texte/frieden_1994_frieden5.html)

Gewalt wurde als Sünde, als Entwürdigung der Menschenrechte verstanden - dies auch wegen der Erfahrung der modernen Kriegsformen und des Einsatzes der

Atomwaffe. Die Annahme des gerechten Krieges war nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die modernen Gewaltmittel verhindern einen gerechten Krieg.

Damit galten bereits 1948 folgende ÖRK-Grundsätze: Gegen Krieg (Vernichtungs- und Atomkrieg) und gerechten Krieg und Aufruf an die Siegermächte, einen gerechten Frieden zu schließen.

Diese Grundsätze wurden in den sogenannten „Puidoux-Konferenzen“(CH), die von 1955 bis 1962 in verschiedenen Ländern zwischen den historischen Friedenskirchen, dem Versöhnungsbund und den Europäischen Kirchen abgehalten wurden, weiterentwickelt [die wiederum Fortsetzung im europaweiten Netzwerk Church and Peace finden]. Die ursprüngliche Absicht der Konferenzen war es, beim Weltkirchenrat eine Stimme für das Friedenszeugnis zu erheben. Eine These war, dass mit der Herrschaft Christi über Kirche und Staat die Tradition des gerechten Friedens begründet wird: Krieg ist Sünde; Nachfolge Christi ist Teilhabe und Dienst am Leben (und eben nicht am Töten).

In der Folge dieser Konferenzreihe empfahl die 5. Vollversammlung des ÖRK im Jahr 1975 den Kirchen, sie sollten ihre Bereitschaft erklären, ohne Waffen zu leben und sich die Erfahrung der historischen Friedenskirchen zu Eigen zu machen.

Ein zweiter Strang der Gewaltdiskussion im ÖRK lief über das Programm zur Bekämpfung des Rassismus und den entsprechenden Sonderfonds; beide wurden auf dem Hintergrund der Judenvernichtung, des Imperialismus und der Apartheid entwickelt. Die Kirchen wollten Opfer und Freiheitsbewegungen gegen rassistische Unterdrückung und Diskriminierung finanziell unterstützen. Dem war eine Genfer Konferenz über „Kirche und Gesellschaft“ 1966 – zur Zeit des Vietnam-Krieges – vorausgegangen. Dort wurde eine integrative Völkerordnung zur Vermeidung des Krieges empfohlen.



1968 Uppsala, ÖRK-VV: Siehe, ich mache alles neu

Diese ÖRK-Vollversammlung hob den Zusammenhang von zwischenstaatlichem und innerstaatlichem Frieden hervor und benannte den Rassismus – und damit auch wirtschaftliche und politische Ausbeutung - als eine der schwerwiegendsten Friedensbedrohungen. Die Vollversammlung hat die Verweigerung wirtschaftlicher Gerechtigkeit als eine der Ursachen gewalttätiger Aufstände bezeichnet; einerseits äußerte sie dafür Verständnis und betonte andererseits, dass politische und soziale Veränderungen in erster Linie durch aktive Gewaltfreiheit erreicht werden sollten.

In den 70er Jahren veränderte sich die Gewaltdefinition; sie nahm die strukturelle Gewalt in den Blick. Es kam zu keiner pazifistischen Erklärung, da die Versammlung akzeptierte, dass es einen gerechten Aufstand und Kampf

gegen die rassistische Gewalt geben könnte; während andere Stimmen für eine Erklärung eintraten, ohne den Schutz von Waffen leben zu wollen. Theologisch stand die Perspektive der Opfer im Vordergrund, die Solidarität mit den Unterdrückten.

In Deutschland kam es zu einer scharfen Kontroverse über die Frage, ob Kirchen finanzielle Hilfe für den Befreiungskampf geben, sich an Boykott-Aktionen beteiligen und gegebenenfalls Kirchen, die die Apartheid befürworteten, aus der Kirchengemeinschaft ausschließen dürfte.

Seit 1978 wurde in der Trägerschaft der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland die Boykott-Aktion „Kauft keine Früchte der Apartheid“ durchgeführt, in der sich das Bewusstsein für politisch-wirtschaftliche Zusammenhänge und daraus resultierende Gewalterfahrungen niederschlugen – gegen den Widerstand der Amtskirche.

Der dritte Strang der Argumente und Entscheidungen führt zum Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtungen (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen Schöpfung, den die 6. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 einleitete. Ursprünglich hatte die DDR-Delegation (u. a. Heino Falcke) ein gesamtchristliches Friedenskonzil vorgeschlagen. Für die Menschen des Südens war jedoch die Frage der Gerechtigkeit die elementare Überlebensfrage. Deshalb setzte sich die Beschränkung einer Konzilszielsetzung auf die Friedensfrage nicht durch.



1983 Vancouver, ÖRK-VV: Jesus Christus, das Leben der Welt

Die weltweite, politische Nachrüstungsdebatte mündete in der „Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit“, in der es u. a. hieß: „...sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Atomwaffen (stellen) ein Verbrechen gegen die Menschheit dar... Und ein solches Vorgehen (muss) aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden“ (5.1, 20 e). Diese Erklärung zielte zunächst auf die eigenen Mitgliedskirchen, die aufgerufen wurden, im Sinne dieser Erklärung auf ihre Regierungen einzuwirken. 1987 ist die römisch-katholische Kirche offiziell dem Konziliaren Prozess beigetreten. In den Folgejahren kam es zu zahlreichen Konferenzen, vorwiegend in Europa und am häufigsten in Deutschland.



1989 Basel, Erste Europäische Ökumenische Versammlung: Frieden in Gerechtigkeit

Die erste Europäische Ökumenische Versammlung fand 1989 in Basel statt. Als Skandal und Verbrechen werden

Hunger, Menschenrechtsverletzung und nicht wieder gut zu machende Schäden an der Schöpfung gebrandmarkt

sowie Selbstverpflichtungen formuliert wie eine Weltwirtschaftsordnung, der Kampf gegen alle Menschenrechtsverletzungen und die ihnen Vorschub leistenden sozialen Strukturen und eine internationale Umweltordnung. „Wir betrachten es als lebenswichtig für die Menschheit, den Krieg als Institution abzuschaffen und die auf Massenvernichtungswaffen gestützte Abschreckung zu überwinden ... und wollen zum Aufbau einer internationalen Friedensordnung beitragen.“ Als besonderes Ereignis erinnert sich der Referent an den Dreiländermarsch von Basel über deutsches und französisches Territorium zurück in die Schweiz – mit rund 5000 Personen aus Ost und West - ohne Visa, ohne Grenzkontrollen, und das in der Pfingstwoche.

Die große Ökumenische Weltversammlung fand schließlich in Seoul/Südkorea 1990 statt und verpflichtete sich mit einem vierteiligen Bundesschluss zum Handeln im Sinne der auf nationalen Versammlungen entwickelten zehn Grundüberzeugungen. An Ende der VI. Überzeugung heißt es: „Wir werden darauf hinarbeiten, auf den Krieg als legales Mittel zur Lösung von Konflikten zu verzichten ...“ Allerdings war die Versammlung bestimmt von großen Spannungen zwischen dem Norden und Süden; dagegen ging der Kalte Krieg (der Ost-West-Konflikt) zu Ende und trat die Bedeutung der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen in den Hintergrund. Nach Einschätzung des Referenten versickerten die Inhalte des Bundesschlusses langsam und auch der konziliare Prozess selbst.



1988-1998 Ökumenische Dekade Kirchen in Solidarität mit den Frauen

Die Gewaltfrage wurde in unterschiedlichen Bereichen weiter bearbeitet. So nahm der ÖRK die Forderungen von Frauen um Gleichstellung in Kirche und Gesellschaft auf und rief ab 1988 die Ökumenische Dekade «Kirchen in Solidarität mit den Frauen» aus, die wiederum zu vielen Konferenzen auf allen Ebenen weiterentwickelt wurde. Sie fand schließlich ab 1999 eine Fortsetzung in der Initiative „Gewalt an Frauen und Mädchen wahrnehmen und überwinden“; nicht zu vergessen der Internationale Tag „Nein zur Gewalt an Frauen und Mädchen“ (am 25.11., der 1981 erstmals in Bogota ausgerufen wurde). Ab 2001 folgt die Dekade zur Gewaltüberwindung.



Die in Großbritannien entwickelte Idee, die Bemühungen um Entschuldung, die Verbindung mit dem biblischen Gedanken des "Erlassjahres" und die bevorstehenden Jahrtausendwende führten in vielen Ländern zu Erlassjahr- Kampagnen. Beim G7-Treffen, dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 wurde für die 41 ärmsten, hochverschuldeten Entwicklungsländer ein multilateraler Schuldenabbau beschlossen – unter Einbezug von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Zudem verband man Entschuldung mit der Armutsbekämpfung.

Unter dem Leitgedanken „Eine andere Welt ist möglich“ tagte Anfang 2001 in Porto Alegre (Brasilien) das erste Weltsozialforum als Gegenveranstaltung zu den Gipfeln der Welthandelsorganisation (WTO), dem Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) und den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln der Regierungschefs der G8-Staaten in der Absicht, Alternativen zum in den Medien „vorherrschenden Denkmodell des globalen Neoliberalismus“ aufzuzeigen und deren Ausarbeitung zu fördern.



Die Konferenz Europäischer Kirchen forderte 2007 in Sibiu auch die Einrichtung einer europäischen Friedensagentur als Gegenüber zu der europäischen Verteidigungsagentur.



2006 Porto Alegre, ÖRK-VV: In Deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt

Wie das erste Weltsozialforum kam die Vollversammlung des ÖRK gleichfalls in Brasilien zusammen. „Die Kirchen müssen die Staaten so lange mahnen, bis sie die unwiderlegbare Tatsache anerkennen, dass Kernwaffen moralisch nicht zu rechtfertigen sind“, heißt es im Bericht, aufgrund dessen die Beschlüsse gegen Atomwaffeneinsatz und für die Nichtverbreitung und Nichtanwendung und entsprechende vertragliche Neuverpflichtungen gefasst wurden.

Entsprechend dem Versammlungsmotto gingen die Überlegungen davon aus, dass Gott die Welt verwandelt - dies nicht durch Gewalt oder Krieg, sondern aus Gnade. Um Gottes Gnade zu bitten, bedeutet, den Weg der Herrschaft und Unterdrückung abzulehnen, der zur Verwandlung der Welt auf die zerstörerischen Kräfte von Gewalt und Krieg setzt. Wenn Gott die Menschen verwandelt, dann werden sie in sein Ebenbild verwandelt und so Werkzeuge des Wandels im Sinne der Versöhnung der Menschen, die alle Kinder Gottes sind [stark verkürzt]. Beschlossen wurde gleichfalls: die Erarbeitung einer internationalen ökumenischen Friedensklärung sowie die Einberufung einer großen „Ökumenischen Friedensversammlung“ am Ende der Dekade zur Gewaltüberwindung.

und Versöhnung“ zu beginnen. Angesichts der Herausforderungen schien es angemessen, andere zur Bildung einer Kultur des Friedens zu gewinnen und die Kirchen zum Zeugnis der gewaltfreien Konfliktlösung herauszufordern. Diese Dekade sollte - parallel zu der von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Dekade für eine Kultur des Friedens für die Kinder dieser Welt“ - einen Beitrag leisten zur Überwindung der Kultur der Gewalt, in der wir leben. Der Dekadenbeschluss ruft u. a. dazu auf, sich gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung auf lokaler, regionaler und weltweiter Ebene einzusetzen; sich kreative Ansätze zur Friedensstiftung, die mit dem Geist des Evangeliums im Einklang stehen, zu Eigen zu machen

Durch eine Internationale Ökumenische Friedenskonvokation (IÖFK) mit ca. 2000 Teilnehmenden (Vertreter/Vertreterinnen von Kirchen, Organisationen und Netzwerken sowie von Repräsentanten anderer Religionen) unter dem Motto „Ehre sie Gott und Frieden auf Erden“ vom 4. bis 11. Mai 2011 in Kingston, Jamaika soll die Dekade beendet werden. Eine Erklärung zum gerechten Frieden ist im Entstehungsprozess. Die Weiterarbeit am ersten Textentwurf läuft bis Ende November 2009. Gleichzeitig sollen Einzelpersonen und Kirchen ermutigt werden, ihr Engagement für Gewaltlosigkeit, Frieden und Gerechtigkeit zu erneuern.

Es liegt ein noch unerledigter Auftrag von der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung 2007 in Sibiu vor: Dass der Friede in Europa ein kostbares Gut ist, wurde gewürdigt. In letzter Minute gelang es, ein paar konkrete Sätze in die Erklärung zu bringen: "Wir lehnen Krieg als Instrument zur Konfliktlösung ab, fordern gewaltfreie Mittel zur Schlichtung von Konflikten und sind besorgt angesichts der militärischen Wiederaufrüstung. Gewalt und Terrorismus im Namen der Religion widersprechen der Religion". Diese wenigen Impulse sollten deutlich verstärkt werden durch den Ökumenischen Kirchentag 2010 und im Blick auf die ÖRK-Friedenskonvokation 2011 (berichtete die Delegation der Ev. Kirche im Rheinland

www.oekumene3.eu/oekumene3_images/Brunotte-Pistorius-Busch.doc)

Schlussbemerkung:

Der ÖRK arbeitet seit 60 Jahren am Thema „Krieg und Frieden“. Die Dimension von Frieden wird weit gefasst. Die u. a. orthodoxen Impulse führten zu neuen Bildern für Gott (wie „ewiger Tanz“, „umarmende Beziehungsformen“) und das wiederum zu einer neuen Spiritualität der Gewaltfreiheit. Die Weltkirche gab viele Erklärungen nach außen ab; jedoch steht sie noch vor der Aufgabe, im Inneren den Frieden zwischen den Kirchen zu verwirklichen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

2001 – 2010 Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt, (Decade to Overcome Violence/DOV)

Während der VIII. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Harare (Zimbabwe) 1998 brachte Fernandes Enns, der Delegierte der

Deutschen Mennonitengemeinden (VDM) den Antrag ein, das erste Jahrzehnt im 21. Jahrhundert mit einer „Dekade zur Überwindung von Gewalt – Kirchen für Frieden



Prophetische Rede oder "Die zu früh aufgestandene Wahrheit" Ein Echo zu "Die Kirchen - Positionen zur Gewalt"

Was ist das für eine Geschichte, die die Kirchen in den letzten 60 Jahren geschrieben haben! "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein" - ein starkes Wort nur drei Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Ist es gehört worden? Die Großmächte haben weiter Stellvertreterkriege in aller Welt geführt. Die Ost-West-Konfrontation fand mit der Kuba-Krise 1962 einen schrecklichen Höhepunkt mit dem Fastausbruch eines Atomkrieges. Die Worte der Kirchen schienen bei ihren Mitgliedern, die Krieg führten oder das Kriegführen nicht verhinderten, zu verhallen. Und doch: Kirchen in Ost und West haben ihre Beziehungen nie abreißen lassen, im Gegenteil, sie wurden intensiviert.

Uppsala 1968 brachte den 2%-Appell hervor. Alle institutionellen Kirchen, jeder Christenmensch, jede Gemeinde wurde aufgerufen, 2% ihrer jeweiligen Möglichkeiten, Fähigkeiten, der Räume, der Gebete, der Predigten, des Geldes für die Armen, für die unterdrückten Völker einzusetzen. Und dies in einer Zeit, als es noch Kolonien gab, als Völker um ihre Unabhängigkeit kämpften. Bis heute gilt der 2%-Appell und wird befolgt. Die Landeskirchen Mitteldeutschland, auch Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Evangelische Kirche im Rheinland, viele Gemeinden und Christinnen und Christen befolgen den Appell, haben ihn auf ihrer offiziellen Agenda.

Der Aufbruch 1968 war nicht auf die Kirchen beschränkt, und es bildeten sich Gruppen, Kreise, Organisationen im friedens-, entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich, z.B.: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1968, Beginn des "politischen Nachtgebets" in Frankfurt/Main 1968, entwicklungspolitische Organisation INKOTA 1971, Greenpeace 1971, OikoCredit 1975 (früher EDCS), Bund für Umwelt und Naturschutz 1975. Die 70er Jahre waren - rückblickend - der große Anlauf für umfassende Veränderungen auf der ganzen Erde. Die Kirchen haben dies mit großen Beschlüssen und Aktionen befördert und mitgetragen.

Im Jahr 1983, auf dem Höhepunkt der atomaren Nachrüstung, wurde der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung von der Vollversammlung der Kirchen in Vancouver beschlossen. In Ost- und Westdeutschland war 1980 schon in vielen Gemeinden mit dem regelmäßigen Friedensgebet 10 Tage vor dem Bußtag begonnen worden - bis heute ist es die Friedensdekade. Der konziliare Prozess vereint geradezu klassisch die Ganzheitlichkeit unseres Wirkens. Es wird ohne Gerechtigkeit keinen Frieden geben. Der Schutz der Umwelt gehört zum wirklichen Frieden dazu.

Die politischen Veränderungen 1989 bis 1993 mit dem friedlichen Ende der atomaren Bedrohung in Europa und das Ende der Apartheid in Südafrika sind ohne den konziliaren Prozess nicht denkbar. Die große ökumenische Weltversammlung 1990 in Seoul hatte in diesen Veränderungen nicht mehr die Kraft der prophetischen Rede.

Trotzdem wirkt sie fort in den Dekaden "Solidarität mit den Frauen" und "Überwindung von Gewalt".

"Die zu früh aufgestandene Wahrheit" ist oft sehr unpopulär, wird verbissen bekämpft oder leise belächelt. Wenn sie Wirklichkeit ist, klingt sie fast banal. Die Weltkonvokation 2011 in Jamaika als große Kundgebung zur Überwindung von Gewalt wird in genau dieses Fahrwasser geraten. Bewegungen wie attac mit "Eine andere Welt ist möglich" strahlen aus, und die Kirchen haben dies aufgenommen. Der AGAPE-Prozeß (Alternative Globalisation Addressing People and Earth), beschlossen von der Weltkirchenvollversammlung in Porto Alegre 2006, hat noch keine große Wirkung entfaltet. Prophetische Rede ist nicht planbar, und doch findet sie statt. Wir können weiter guten Mutes sein, dass diese Welt friedlicher wird.

*Friedrich Heilmann
Delegierter bei der Vollversammlung des ÖRK 1991 in
Canberra/Australien*

13. Internationale Konferenz/IK zur Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Kampagnen 2010



Die Konferenz wird von Freitag, 02.07. bis Sonntag, 04.07. in Skiringssal Folkehøyskole (Schulinternat) in Sandefjord, Norwegen stattfinden. Gastgeber sind Skattebetalare för fred (Schweden) und The Peace Tax Alliance (Norwegen). Das Haus steht nur bis Sonntagmittag zur Verfügung. Eine seit der 10. IK diskutierte Neuerung: Die CPTI-Vollversammlung wird am Freitagvormittag durchgeführt, vor der eigentlichen Konferenz, Gäste sind willkommen. Die detaillierte Einladung soll noch in 2009 kommen über die e-mail-Adresse; wir werden sie aber auch noch rechtzeitig papierlich verbreiten.

Hier sei daran erinnert, dass sowohl das NWFS als auch CPTI um die Unterlagen von Gerichtsverfahren zur Militärsteuer-Verweigerung bitten, spätestens als Mitbringsel zu dieser 13. Konferenz.

Die Website ist im Entstehen und funktioniert auch schon: <http://peacetaxconference.org>

Leseempfehlung:

“Für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina und das Ende der Besatzung. Als Menschenrechtsbeobachter im EAPPI-Programm des Weltkirchenrates in Bethlehem.“

Tagebuch von Martin Rambow, 20.01. bis 19.04.2009. Broschiert 68 Seiten, Selbstverlag, 4 € (zzgl. Versand). Bezug: martin-rambow@web.de

Netzwerk Adressen

Region Nord:

Dedo von Krosigk
Birkenstr. 32
30171 Hannover
Tel: 0511 - 801696
Fax: 0511 - 5194881
dedo.krosigk@web.de

Gudrun Rehm
Brahmsstr. 11
32756 Detmold
Tel: 05231 - 31231

Region Berlin:

Gisela Lattmann-Kieser
Heinz-Bartsch-Str. 5
10407 Berlin
Tel: 030 - 4251860
gisela-lmk@web.de

Eise Tonke

Stavanger Str. 5
10439 Berlin
Tel: 030 - 4444379
Fax: 030 - 44339133
elsetonke@gmx.de

Region Ost:

Gerlinde u. Martin Rambow
Wilhelm-Bode-Str. 30
99425 Weimar
Tel: 03643 - 741687
Fax: 03643 - 741688
rambow-weimar@web.de

Region West:

Ute u. Robert Antoch
Alte Landstr. 32
40489 Düsseldorf
Tel: 0211 - 403986
Fax: 0211 - 404723
uantoch@gmx.de

Region Südwest:

Günther Lott
Hauptstr. 1a
69231 Rauenberg
Tel: 06222 - 62741
Fax: 06222 - 3079731
faxistbesser@freenet.de

AG Gesetzesinitiative & Lobbyarbeit

Gertie Brammer
Schützenweg 5
29481 Karwitz-Lenzen
Tel: 05861 - 985742
brammer@friedenssteuer.de

Vernetzung

Michael Held
Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld
Tel: 06621 - 620186
Fax: 06621 - 65645
a-p-s@gmx.de

AG Steuern zu Pflugscharen

Gerlinde Rambow
Wilhelm-Bode-Str. 30
99425 Weimar
Tel: 03643 - 741687
Fax: 03643 - 741688
rambow-weimar@web.de

AG Öffentlichkeitsarbeit & Materialversand

Friedrich Heilmann
Seestr. 21
15537 Erkner
Tel: 03362:503071
Fax: 03362-27491
heilmann@friedenssteuer.de

Internationales

Hannelore Morgenstern-Przygoda
Jesuitengasse 39a
50735 Köln
Tel: 0221 - 743496
Fax: 0221 - 3382171
hannelore.morgenstern@gmx.de

AG Rechtswege

Ulla Klotz
Raidinger Str. 9a
81377 München
Tel: 089 - 716283
Fax: 089 - 716222
post@ullaklotz.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.:

KontoNr. 70 016 016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt.

Ab 10,- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67

Bestellung der Friedenssteuer-Nachrichten und Adressenänderungen:
Katharina Rottmayr (s. links).

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de

eMail: info@netzwerk-friedenssteuer.de

Vorstand

Friedrich Heilmann
Hannelore Morgenstern-Przygoda
Katharina Rottmayr

Geschäftsführerin

Katharina Rottmayr
Eduard-Schmid-Str. 26
81541 München
Tel: 089 - 569253
Fax: 089 - 62421431
k.rottmayr@gmx.de